

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Bremische Stahlindustrie stärken und sichern**

Durch immense Überkapazitäten drängen große Mengen an Stahl aus China zu Dumpingpreisen auf den europäischen Markt. Die Wettbewerbsverzerrungen lassen die Preise in Europa weit unter die Herstellungskosten fallen. Dies setzt alle Stahlbetriebe in Europa extrem unter Druck, auch den Bremer Standort. Trotz rasant steigender Verluste vieler chinesischer Stahlunternehmen erreichten die chinesischen Stahlexporte – gegen jede Marktlogik – im September 2015 ein Jahresrekordniveau von über 130 Mio. t (hochgerechnet auf das Jahresniveau). Zum Vergleich: Die Nachfrage in der Europäischen Union beläuft sich aktuell auf rd. 150 Mio. t pro Jahr.

Diese Entwicklung gefährdet den fragilen europäischen Stahlmarkt sehr und betrifft besonders auch die in der Branche angestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die meisten Stahlunternehmen erwarten zusehends Verluste. Sie sind gezwungen, Marktanteile abzugeben oder sich am zerstörerischen Preiskampf zu beteiligen.

Bremen ist seit Generationen eng mit der Stahlproduktion verbunden. ArcelorMittal Bremen produziert jährlich 3,5 Mio. t Flachstahl, das entspricht ca. 8 % der deutschen Stahlproduktion. Das Werk mit seinen verschiedenen Partnerfirmen und Zulieferern beschäftigt rd. 4 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zählt damit zu einem der größten Arbeitgeber der Region und ist eine Säule der Bremer Industrie.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

- Seit dem Jahr 2004 wird in der Europäischen Union kein Einfuhrzoll mehr auf Stahlimporte erhoben. Frei von tarifären und nicht tarifären Handelshemmnissen ist der EU-Stahlmarkt der weltweit offenste für Importe aus Drittstaaten.
- Zahlreiche Weltregionen reagieren auf das Exportwachstum Chinas mit protektionistischen Maßnahmen wie Zertifizierungspflichten, „Buy-National“-Klauseln oder sogar Schutzklauselverfahren. Gleichzeitig wird versucht, durch absatzfördernde Maßnahmen oder Exportverbote für Rohstoffe der heimischen Industrie Vorteile zu verschaffen. In der Folge werden zusätzlich Importe in die wenigen offenen Märkte umgeleitet.
- Die Bürgerschaft (Landtag) wendet sich nicht gegen Importe an sich. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt an, dass faire Handelsbedingungen die Voraussetzung für freien Handel sind und sieht Protektionismus in vielen Fällen kritisch.
- Der Wettbewerb muss WTO-konform (Welthandelsorganisation) ausgetragen werden, da selbst die wettbewerbsstärksten Unternehmen auf Dauer nicht gegen Anbieter konkurrieren können, die mit staatlicher Unterstützung und wider marktwirtschaftliche Prinzipien operieren können.
- Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat auf ihrer jüngsten Stahlausschuss-Sitzung Ende November 2015 festgestellt, dass allein Europa und Japan in den letzten drei Jahren auf die sinkende Stahlnachfrage mit dem Abbau von Kapazitäten reagiert haben.
- In China sind hingegen im selben Zeitraum trotz einbrechender Nachfrage die Kapazitäten mit staatlicher Hilfe um 60 Mio. t weiter ausgebaut worden. Ein Ende des Kapazitätsaufbaus sagen die Stahlexperten erst für die Zeit nach 2017

voraus. Selbst der chinesische Stahlverband CISA geht inzwischen davon aus, dass es noch mehr als zehn Jahre dauern wird, die Überkapazitäten auf ein halbwegs verträgliches Niveau zu reduzieren.

- Abwehrmöglichkeiten gegen unfaire Einfuhren bietet in Europa allein das EU-Handelsrecht. Das gesetzlich verankerte Instrumentarium ist jedoch im Vergleich zu anderen Weltregionen deutlich ineffizienter und schwerfälliger. Erst bei Nachweis einer erheblichen Schädigung über mindestens ein Jahr werden Klageverfahren von den EU-Behörden überhaupt akzeptiert. So dauert es in Europa mehr als 20 Monate, bis die heimische Industrie einen adäquaten Schutz vor unfairen Importen erhält; mehr als doppelt so lange wie z. B. in den USA.
- Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die erhöhte Aufmerksamkeit der EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich des EU-Stahlmarkts an, die in der Einberufung eines Sonderwettbewerbsfähigkeit-Rats am 9. November 2015 zur Lage der Stahlindustrie und in der Aussprache zur Stahlindustrie im Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ am 27. November 2015 deutlich wird.
- Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt das kontinuierliche Bestreben des Europäischen Parlaments an, das in mehreren Entschlüssen, die jüngste vom 16. Dezember 2015, eine entschlossene Politik zum Schutz und zur Entwicklung einer nachhaltigen Stahlindustrie in Europa gefordert hat.
- Das aktuelle EU-Handelsschutzrecht geht auf das Jahr 1995 zurück. Seitdem haben sich die EU-Handelsbeziehungen mit Drittländern wesentlich geändert. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die notwendige Reform der Handelsschutzinstrumente in der EU noch nicht erfolgt ist, da der Gesetzesentwurf zur Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente bei der Beratung im Ministerrat der EU zum Stillstand gekommen ist, während das Europäische Parlament sich entschieden für strengere Maßnahmen gegen unlautere Einfuhren aus Drittländern eingesetzt hat und seine Haltung zur Gesetzgebung in der ersten Lesung bereits am 5. Februar 2014 beschlossen hatte.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- sich für den Erhalt einer starken Grundstoffindustrie als wichtiges Element der industriellen Wertschöpfungsketten einzusetzen.
- eine konsequente Nutzung der handelspolitischen Schutzinstrumente und ihre beschleunigte Anwendung zu unterstützen.
- sich für einen umfassenden und frühzeitigen Gebrauch von Maßnahmen zur Bekämpfung von Subventionen und Anti-Dumping-Fällen einzusetzen, auch bevor bereits ein Schaden aufgrund unfairer Praktiken für einzelne Industriezweige unumkehrbar ist und gleichzeitig die Beweislage dies rechtfertigt
- im Bundesrat der „Entschließung des Bundesrats zum Erhalt des Vertrauensschutzes bei bestehenden Anlagen zur industriellen Erzeugung von Eigenstrom“ der Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen (Drs. 34/16) in der Fassung des Änderungsantrags des Saarlands beizutreten.
- ArcelorMittal seine Unterstützung bei der Vernetzung und Kooperation mit den relevanten Akteuren aus Forschung und Wissenschaft anzubieten, um innovative Prozesse, z. B. zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie zur Prozessoptimierung in der Produktion, im Stahlwerk Bremen zu nutzen.

Andreas Kottisch, Dieter Reinken, Jens Crueger, Sybille Böschen,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker,
Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen